

Umschuldung abgelehnt

Bankrott Argentinien befindet sich in einer schweren Krise. Einen von der Regierung verlangten Schuldenschnitt wollen die Gläubiger nicht.

Eine Reihe wichtiger Gläubiger hat das Umschuldungsangebot der argentinischen Regierung vorerst abgelehnt. Allerdings erklärte sich die Ad-hoc-Gruppe, zu der Investmentfonds wie Blackrock, Ashmore und Fidelity zählen, am Montag zu weiteren Verhandlungen über die Restrukturierung der Schulden bereit. Die Gruppe hält über ein Viertel der seit 2016 ausgegebenen argentinischen Staatsanleihen und 15 Prozent der Papiere aus der letzten Umschuldung.

„Alle Beteiligten müssen zu einer Lösung beitragen, die Argentinien auf den Weg zu nachhaltigem Wachstum und finanzieller Stabilität bringt“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Gläubiger. „Das Angebot wird diesem Anspruch nicht gerecht und belastet die internationalen Gläubiger unverhältnismäßig.“ Argentiniens Schulden sind nach Einschät-

zung des Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht mehr tragfähig. Die Regierung der zweitgrößten Volkswirtschaft Südamerikas will deshalb Kredite in Höhe von 68 Milliarden US-Dollar restrukturieren und hatte den privaten Gläubigern in der vergangenen Woche ein Angebot für eine Umschuldung unterbreitet. Die Offerte sah einen Schuldenschnitt und ein Zahlungsmoratorium bis 2023 vor.

Argentinien befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise. Das Land leidet unter einem aufgeblähten Staatsapparat, geringer Produktivität der Industrie und einer großen Schattenwirtschaft, die dem Staat viele Steuereinnahmen entzieht. Wegen der Corona-Pandemie verhängte die Regierung zuletzt zudem weitreichende Ausgangsbeschränkungen und legte die Wirtschaft für Wochen praktisch lahm.